

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



**ORTSVERBAND
WALTROP**

ZEIT FÜR
VERÄNDERUNG

ZEIT FÜR GRÜN.

**Kommunalwahlprogramm
2009**

Kommunalwahlprogramm 2009



Lars Holtkamp



Wulff Reschop



Beate Stach, Ingrid Täger, Eugen Holtkamp



Sonja Schnittke



Sibylle Heß, Monya Schnittke

Impressum

Sibylle Heß

Eugen Holtkamp

Lars Holtkamp

Wulff Reschop

Monya Schnittke

Sonja Schnittke

Beate Stach

Ingrid Täger

ViSdP

Bündnis 90/Die Grünen OV Waltrop

Sonja Schnittke

Steinstraße 52

45731 Waltrop

info@die-gruenen-waltrop.de

tel.: 02309 - 34 63



WWW.DIE-GRUENEN-WALTROP.DE

VORWORT



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

seit Jahrzehnten bestimmen "grüne" Kommunalpolitiker im Rat der Stadt Waltrop mit, seit vielen Jahren sind sie Mitglieder der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen.

Seit zwanzig Jahren gehört Dr. Lars Holtkamp dem Rat der Stadt Waltrop an. Im Jahre 2005 trat er aus der Grünen Liste zusammen mit allen anderen Mitgliedern von Bündnis 90 / Die Grünen in Waltrop aus, als deutlich wurde, dass die Grüne Liste sich zusehends von den Zielen der Grünen entfernte.

Zeit für einen eigenen Ortsverband von Bündnis 90/Die Grünen!

Im November 2005 war es so weit. Ingrid Täger, Stefan Nicke, Beate Stach und Eugen Holtkamp, fast alle seit Jahrzehnten Garanten für "grüne" Politik in Waltrop bildeten den ersten Vorstand.

Mit Dr. Lars Holtkamp im Rat und im Haupt- und Finanzausschuss sowie Monya Schnittke im Ausschuss für Jugend und Soziales und Eugen Holtkamp im Seniorenbeirat sind bereits jetzt wichtige Gremien bestens besetzt.

Der Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen legt sein erstes Wahlprogramm für die Kommunalwahl in diesem Jahr vor. Es wurde auf unserer Klausurtagung im November letzten Jahres entworfen und seitdem von allen Aktiven diskutiert und formuliert. Schwerpunkte sind Umwelt, Bildung und soziale Gerechtigkeit.

Ein starkes Votum für Bündnis 90/Die Grünen ist gleichzeitig ein Votum für mehr Demokratie in unserer Stadt.

Mit Ihrer Stimme für unsere Kandidatinnen und Kandidaten und für Bündnis 90/Die Grünen im Rat unterstützen Sie „grüne“ Politik, die sich an den Bedürfnissen und Wünschen aller Waltroper orientiert.

Für eine lebenswerte und liebenswürdige Stadt!

Zeit für Veränderung – Zeit für Bündnis 90/Die Grünen in Waltrop!

Wulff Reschop

Kommunalwahlprogramm 2009

Inhaltsverzeichnis

1. Umweltschutz.....	5
2. Sozialpolitik.....	12
3. Jugendpolitik.....	20
4. Seniorenpolitik.....	22
5. Konsequente Bürgerbeteiligung.....	25
6. Solide Haushaltspolitik.....	28
7. Bildung.....	31
8. Frauenpolitik.....	35

1. Umweltschutz

1.1 Rettet die Rieselfelder – newPark, nein danke!

Nachdem Waltrop von Kohlekraftwerken umzingelt wird, sollen nun auch die Rieselfelder mit erheblich belästigender Industrie zubetoniert werden. 4 Millionen Quadratmeter sollen im Rieselfeld zum Industriegebiet in Waltrop und Datteln erklärt werden. Die CDU und FDP in Waltrop und die newPark-Befürworter in Datteln wollen in den Rieselfeldern internationale Spitzenunternehmen ansiedeln.

Die „Idee“ durch die Ausweisung von großen Industriegebieten ausländische Großunternehmen anzulocken, ist dabei sicherlich nicht so neu, wie es das Etikett newPark nahelegt. Es handelt sich dabei wohl eher um einen Griff in die industriepolitische Mottenkiste der 1970er Jahre. Diese Ansiedlungspolitik ist nach den Ergebnissen aller wissenschaftlichen Studien immer wieder gescheitert. Es gibt mehr als genügend untergenutzte Industriegebiete in Deutschland. Es fehlt nicht an Flächen, sondern an ansiedlungswilligen internationalen Großunternehmen.

Das Geschäft mit der Hoffnung

Seriöse Wirtschaftsförderung muss sich deshalb auf die Entwicklungspotentiale der kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort konzentrieren und durch Vermittlung von Kontakten, Fördermitteln und Krediten für ein gutes Investitionsklima sorgen. Damit werden dauerhaft Arbeitsplätze geschaffen und gesichert und nicht durch die ewige Suche nach internationalen Großunternehmen. Diese Suche schafft zwar Schlagzeilen und Hoffnung auf mehr Beschäftigung, aus denen einige politisches Kapital schlagen, nur dadurch gibt es keinen zusätzlichen Arbeitsplatz mehr.

Dieses Geschäft mit der Hoffnung muss letztlich der Steuerzah-

ler teuer bezahlen. Insgesamt sollen mehrere 100 Mio. Euro Steuergelder in den newPark fließen. Warum gleich mehrere internationale Großunternehmen ausgerechnet im Rieselfeld ansiedeln sollten, wie hoch die realen Kosten des Projektes sind und wer hinterher die Verantwortung für die Ergebnisse übernimmt, darüber schweigen sich die newPark-Befürworter seit vielen Jahren aus.

Extrem dürftige Informationen bei sehr hohen Versprechungen und mangelnder öffentlicher Kontrolle der Monopolzeitung, das ist der Stoff, aus dem die Alpträume der Steuerzahler und die Subventionsskandale in unserer Region sind.

Einbetoniert und arbeitslos

Realistisch betrachtet werden also, wenn sich überhaupt interessierte Unternehmen finden, kleinere Betriebe aus der Ruhrgebietsregion sich in den Rieselfeldern ansiedeln. Für unsere Region bedeutet dies unterm Strich keine neuen Arbeitsplätze, aber dafür werden langsam die letzten Grünflächen größeren Ausmaßes zubetoniert.

Die Rieselfelder dienen bisher als wichtiges Naherholungsgebiet. Zugleich ist die riesige Freifläche unbestritten eine sehr wichtige Frischluftschneise für das Waltroper Stadtgebiet. Ohne diese Schneisen bildet sich über den Städten häufig eine Dunstglocke, in der sich die in unserer Region hohen Luftschadstoffe ansammeln können. Die Rieselfelder dienen zudem vielen gefährdeten Vogelarten als wichtiges Nahrungs- und Brutgebiet und sie grenzen unmittelbar an das Naturschutzgebiet Lippeaue.

Zu guter Letzt werden bei einer Zubetonierung der Rieselfelder auch Arbeitsplätze vernichtet. Nicht wenige landwirtschaftliche Betriebe sind dann in ihrer Existenz gefährdet.

Bündnis 90 / Die Grünen sind die einzige Partei, die sich geschlossen auf allen Ebenen für den Erhalt der Waltroper Rieselfelder einsetzt.

Wir werden auch zukünftig unsere Kontakte zur grünen Kreis- tags- und Landtagsfraktion nutzen und alle Hebel in Bewegung setzen, um das newPark-Projekt zu verhindern. Die für diese Seifenblase eingeplanten Millionenbeträge sollten stattdessen für die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben sowie die Sanierung und Vermarktung von Altindustrieflächen im Ruhrgebiet eingesetzt werden. Anstelle von Kirchturmspolitik und lediglich lokalen Initiativen setzen wir auf eine ökologisch verantwortliche und effektive Wirtschaftsförderungspolitik durch intensive regionale Zusammenarbeit.

1.2 Schutz der natürlichen Ressourcen

Umweltschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit. Es sind immer die ärmeren Bevölkerungsschichten, die am meisten unter Verkehrslärm, Luftverschmutzung, ungesunden Nahrungsmitteln und vergifteten Böden leiden.

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ist auch eine Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. „Nach mir die Sintflut“ ist kein akzeptables Prinzip.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Waltrop fordern einen konsequenten Umgang mit den natürlichen Ressourcen auch auf kommunaler Ebene.

Hierbei sollen Politik und Verwaltung eine Vorbildfunktion für die Bürger einnehmen und Projekte zum sparsamen Umgang mit Energie initiieren.

Hierzu gehört in erster Linie ein wirkungsvolles Energiemanagement für alle öffentlichen Gebäude. In der täglichen Arbeit der Verwaltung können Einsparungen von Energie und Material in

Form von Elektrizität, Reduzierung der Papierflut und sparsamem Einsatz aller Materialien vorgenommen werden. Die konsequente Verwendung umweltfreundlicher Materialien möglichst aus fairem Handel ist in anderen Städten selbstverständlich und verursacht letztendlich keine höheren Kosten. Selbstverständlich muss auch bei den Dienstwagen Umweltfreundlichkeit an erster Stelle stehen.

Bei der Planung von Neubausiedlungen und auch bei Altbausanierungen muss für Energieeinsparungen und den Einsatz alternativer Energien wie Photovoltaikanlagen und Geothermie geworben werden.

Zur Unterstützung der Errichtung von Bürgersolaranlagen sollten Politik und Verwaltung geeignete Dächer öffentlicher Gebäude zur Verfügung stellen.

Bündnis 90/Die Grünen OV Waltrop fordern die Entwicklung von Umweltstandards für die Vergabe öffentlicher Aufträge. Beispiele aus anderen Städten belegen eindeutig, dass die Kosten hierdurch nicht steigen.

Natur schützen - biologische Vielfalt erhalten

Natur- und Umweltschutz waren schon immer die zentralen Themen der Grünen und sind es bis heute geblieben. Angesichts des dramatischen Artensterbens, der drohenden Klimaerwärmung, der ständig zunehmenden Versiegelung intakter Grünflächen und dem verantwortungslosen Einsatz fossiler und atomarer Brennstoffe reichen keine bloßen Lippenbekenntnisse unserer Politiker mehr.

Es muss gehandelt werden, jetzt, auf allen politischen Ebenen und auch von jedem einzelnen Bürger, so dass nicht heute die Lebenschancen von morgen zerstört werden.

Der Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen in Waltrop setzt sich gegen den Bau von Kohle- und Atomkraftwerken ein.

Wir sind für eine gentechnikfreie Landwirtschaft, denn die ökologischen und gesundheitlichen Risiken sind längst nicht ausgeleuchtet, und für den Schutz unserer Gewässer.

Wir rufen dazu auf, zu ökologischen Stromanbietern zu wechseln. Denn wenn es ums Geld geht, trifft man die großen Stromkonzerne am stärksten.

Stromkosten Stand 1.4.2009

(mehr Infos siehe www.die-gruenen-waltrop.de)

Anbieter	Grundpreis (jährlich)	Arbeitspreis (kWh)	Single Jahresverbrauch 1600 kWh	Familie Jahresverbrauch 4000 kWh	Preisgarantie Hinweise
EWS Schönau	82,80 Euro	21,20 Cent	422 Euro	930,80 Euro	Bis 31.12.09 Ökostrom
Greenpeace energy	106,80 Euro	21,40 Cent	449,20 Euro	962,80 Euro	Bis 31.12.09 Ökostrom 100%
LichtBlick	95,40 Euro	19,99 Cent	415,23 Euro	895,00 Euro	Bis 31.12.09 Ökostrom 100%
Naturstrom	95,40 Euro	19,90 Cent	413,80 Euro	891,40 Euro	Bis 31.12.09 Ökostrom 100%
Hertener Stadtwerke	92,00 Euro	20,26 Cent	416,16 Euro	902,40 Euro	Bis 31.12.09 Ökostrom 100%
RWE	92,82 Euro	21,66 Cent	439,38 Euro	959,22 Euro	Strommix aus Atom, Kohle etc.

1.3 Tierschutz geht uns alle an

Umwelt- und Tierschutz ist nicht nur eine Sache der Stadtverwaltung, sondern auch von uns als den Verbrauchern. Die Stadtverwaltung kann gerade beim Tierschutz nicht viel ausrichten, da ihr die rechtlichen Kompetenzen fehlen.

Leider lässt sich die Frage beispielsweise nach tierversuchsfreier Kosmetik nicht mit einem einfachen Einkaufsführer beantworten. Tatsächlich ist der Versuch an Tieren zum Testen neu zu erwerbender Kosmetika gesetzlich verboten. Für die Inhaltsstoffe eines Produkts gilt dies jedoch nicht.

Dementsprechend rühmen sich viele Konzerne mit dem Attribut „tierversuchsfrei“, nur was soll das konkret bedeuten? Der deutsche Tierschutzbund hat hohe Ansprüche für diesen Titel formuliert.

Nach den Bestimmungen der Positivliste des Tierschutzbundes dürfen Produkte keine Inhaltsstoffe enthalten, die nach 1978 mit Tierversuchen getestet wurden.

Weiterhin darf die Gewinnung verwendeter Rohstoffe nicht im Zusammenhang mit Ausrottung, Tierquälerei oder Tötung stehen. Wirtschaftliche Abhängigkeit zu Firmen, die an Tieren testen, ist untersagt.

Die Herstellerfirmen und Läden, die in dieser Liste aufgeführt sind, tragen leider keine allzu prominente Namen. Bekannte Unternehmen, deren Produkte in der Drogerie und im Supermarkt erhältlich sind, haben die Tests an Tieren öffentlich zugegeben, die Vertragsunterlagen nicht zurückgeschickt oder erfüllten einzelne Vertragspunkte nicht.

Möchte man also in Zukunft keine Artikel mehr erwerben, für die Leid und Tod von Tieren in Kauf genommen wurde, so soll-

te man sich auf den Onlinekauf beschränken.
Ebenso ist es relativ verlässlich Kosmetika von Naturkosmetikfirmen zu kaufen (erhältlich z.B. im Reformhaus).

Hier noch ein paar ausgewählte Stores und Firmen aus der Positivliste des deutschen Tierschutzbundes:

- ✘ Miss Flip Kräuterkosmetik (www.miss-flip.de)
- ✘ Natu Pur (www.natu-pur.de)
- ✘ Primavera life (www.primavera-life.de)

2. Soziales

Menschen müssen von ihrem Einkommen leben können – es muss armutsfest und auskömmlich sein. Wir GRÜNEN streiten daher auf Bundesebene für gesetzliche und tarifliche Mindestlöhne, die relevant über der Armutsgrenze liegen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich in Waltrop dafür einsetzen, dass bei der Vergabe von Aufträgen durch die Stadt Waltrop zukünftig ökologische und auch soziale Standards eingehalten werden.

Arbeitsvermittlung aus kommunaler Hand

2010 läuft das Experiment ARGE (Arbeitsgemeinschaft der Städte mit der Bundesanstalt für Arbeit) zum Glück endlich aus. Bereits jetzt haben sich die meisten Städte im Kreis dafür ausgesprochen zukünftig diese Aufgabe wieder allein zu erledigen. Der Dirigismus der Bundesagentur hat lediglich zu mehr Bürokratie und Kosten geführt. Es ist unerträglich, dass qualifizierte Mitarbeiter drei Viertel ihrer Arbeitszeit mit Verwaltungsaufgaben, insbesondere auch mit sich ständig ändernden Vorgaben der Bundesanstalt, verbringen müssen.

Der arbeitssuchende Bürger bleibt auf der Strecke. Statt Vermittlung und Beratung bietet die ARGE Abschreckung und Sanktionen.

Wir GRÜNEN fordern die Stadt Waltrop auf, sich gemeinsam mit anderen Kommunen im Kreis Recklinghausen für ein Ende der Arbeitsgemeinschaften und ein eigenständiges, qualifiziertes Arbeiten für die Bürger einzusetzen.

Bessere Sozialberatung

Gerade alte und sozial schwache Menschen benötigen die auch gesetzlich vorgeschriebene intensive Beratung bei der Beantragung von Leistungen.

Der ständige Personalabbau in der Sozialverwaltung führt bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung zu Überlastung und Krankheit. Verschlossene Türen, lange Wartezeiten, gestresste Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen können den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr gerecht werden. Die Idee der bürgernahen Verwaltung wird so ad absurdum geführt.

BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN fordern ein qualifiziertes, wirkungsvolles Personalmanagement zu Gunsten der Beschäftigten und somit zum Nutzen der Bürger.

Freizeitpass

Wer wenig Geld hat, kann sich nur das Nötigste leisten. Gespart werden muss bei Freizeit und Bildung. Bildung aber ist Voraussetzung, um aus dem Teufelskreis der Armut herauszukommen.

Damit auch finanzschwache Bürger am kulturellen Leben in Waltrop teilnehmen können, hat der Rat der Stadt bereits 1986 den Freizeitpass (WaltropCard) beschlossen.

Der Ausweis berechtigte Menschen, die Sozialhilfe bezogen, arbeitslos waren oder nur über ein geringes Einkommen verfügten, Angebote im Freizeit- und Bildungsbereich (VHS, Stadtbücherei, Musikschule, Kinderferienspaß) ermäßigt in Anspruch zu nehmen.

Da sich durch die Einführung des SGB II (Hartz IV) vieles geändert hatte, sollten in der Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales im März 2006 die Bedingungen für den Freizeit-

pass überarbeitet werden.

Doch hier regierte damals die Angst vor dem Sparkommissar und deshalb hat man das Thema unter den Tisch fallen lassen!

Ein auch aus finanzieller Sicht unsinniger Beschluss. Gerade einmal 30 % der berechtigten Menschen beantragten den Waltroper Freizeitpass. Von einem echten Einnahmeausfall kann dabei nicht gesprochen werden, denn man kann nicht davon ausgehen, dass die entsprechenden Angebote auch ohne den Freizeitpass in Anspruch genommen würden.

Bündnis 90/ Die Grünen werden dafür sorgen, dass auch finanzschwache Bürgerinnen und Bürger wieder am kulturellen Leben in Waltrop teilhaben können und das Thema Freizeitpass wieder auf die Tagesordnung bringen.

Wohnen

Wir GRÜNEN wollen, dass Waltrop eine familienfreundliche Stadt im Grünen wird, die insbesondere für Familien mit Kindern attraktiv wird.

Waltrop soll eine Stadt der kurzen Wege bleiben.

Wohnung, Arbeit, Freizeit- und Bildungseinrichtungen wie auch Einkaufsmöglichkeiten sollen bequem zu Fuß erreichbar bleiben.

Die Qualität der Wohnumgebung ist in vielen Teilen Waltrops zu verbessern. Dazu gehören attraktive Grünflächen, weniger Verkehr und Lärm und auch bessere Spiel- und Sportangebote. Unsere Stadt muss spiel- und bewegungsfreundlicher sein.

Erschwinglicher Wohnraum in Waltrop ist knapp – insbesondere für allein lebende und kinderreiche Familien.

Wir GRÜNEN werden darauf hinwirken, dass zukünftig Bauvorhaben, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden wollen, dem tatsächlichen Bedarf Rechnung tragen.

Besonders schwer haben es Empfänger von Leistungen nach SGB II (Hartz IV). Für sie erkennt die Vestische Arbeit Waltrop einen viel zu geringen Mietpreis an. Dies führt zu Zwangsumzügen, Verlust des Wohnumfeldes, Schul- und Kindergartenwechseln und letztendlich zur Entstehung sozialer Brennpunkte.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Waltrop fordern eine Anhebung der übernahmefähigen Unterkunfts-kosten zumindest auf das Niveau der umliegenden Städte wie z.B. Oer-Erkenschwick.

Die ehemalige Obdachlosenunterkunft im Waltroper Osten steht seit Jahren leer. Ergebnis einer von allen Parteien unterstützten gemeinsamen präventiven Arbeit von Stadt und Caritas in der Fachstelle für Wohnungssicherung. Obdachlosigkeit ist für die Betroffenen ein Absturz auf die unterste Stufe unserer Gesellschaft, für die Stadt Waltrop verursacht sie erhebliche Kosten. Durch das frühzeitige Eingreifen der Fachstelle für Wohnungssicherung werden die hohen Unterbringungskosten eingespart.

Waltrop – Stadt ohne Obdachlose – wir GRÜNEN in Waltrop wollen, dass dies so bleibt.

Integration

Die Integration von Migrantinnen und Migranten in das gesellschaftliche und politische Leben gehört zu den noch nicht eingelösten Versprechen unserer Demokratie.

Dies zu ändern ist ein Kernanliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Integration ist hauptsächlich eine soziale Frage und keine kulturelle. Deutschland ist kein Billiglohnland und wird es auch nicht werden. Deshalb sind Bildung und Ausbildung entscheidend für unseren Platz in einer globalen Welt.

Wir können es uns nicht leisten, die Ressourcen von Kindern mit Migrationshintergrund brach liegen zu lassen. 2010 werden in Waltrop ca. 30 % der Erstklässler aus Migrantenfamilien stammen.

Sie frühzeitig zu fördern ist Anliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Waltrop.

Förderung muss gemeinsam mit den Eltern schon in der Vorschulerziehung beginnen und von Erzieherinnen und Erziehern umgesetzt werden, die entsprechend ausgebildet und geschult sind.

Während des Schulbesuches müssen Fördermöglichkeiten vorhanden sein, die dazu führen, dass sich der Anteil an Migrantenkindern mit qualifizierten Schulabschlüssen wesentlich erhöht.

Hier werden Die Grünen in Waltrop die vorhandenen Initiativen auch von freien Trägern weiter unterstützen und für einen Ausbau der Hilfen insbesondere auch für Kinder an weiterführenden Schulen eintreten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Waltrop werden sich für mehr Mitbestimmung der Migrantinnen und Migranten einsetzen.

Ein Integrationsausschuss könnte die Mitbestimmung und die Akzeptanz für kulturelle Unterschiede fördern.

Asyl

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Garanten des Asylrechts unserer Verfassung.

Auf kommunaler Ebene haben wir dafür zu sorgen, dass Menschen, die wegen politischer, religiöser, geschlechtsspezifischer Verfolgung Asyl suchen, menschenwürdig untergebracht werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Waltrop fordern eine ortsnahe, menschenwürdige Unterbringung, die es den Menschen ermöglicht, am sozialen und kulturellen Leben in Waltrop teilzunehmen. Insbesondere den Kindern muss der Besuch von Kindergarten und Schule möglich sein.

Menschen die durch Verfolgung, Folter, Vergewaltigung und Bürgerkrieg traumatisiert sind, bedürfen einer besonders qualifizierten Betreuung. Seit Jahren erhält die Stadt Waltrop Landesmittel für die Beratung und Betreuung von Asylsuchenden.

Diese Mittel müssen zukünftig für eine fachlich qualifizierte pädagogische Betreuung durch entsprechend ausgebildete Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verwendet werden.

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Eine der wichtigsten Aufgaben auf allen politischen Ebenen ist die permanente Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, denn dies ist seit Jahren von gesellschaftlicher Brisanz:

Aufmärsche von RechtsextremistInnen, rassistische Parolen an Häuserwände geschmiert und an Stammtischen verteidigt, die Schändung jüdischer Friedhöfe sowie Anschläge auf Synagogen, ausländische Einrichtungen und ausländische Wohnhäuser haben ein unerträgliches Ausmaß angenommen.

Nach wie vor müssen MigrantInnen um ihr Leben fürchten, wer-

den brutal zusammengeschlagen, aus dem Zug geworfen, beleidigt und gedemütigt. Es reicht nicht, dass unsere Politiker einmal im Jahr als Reaktion auf besonders brutale Übergriffe Lippenbekenntnisse abgeben und dann im weiteren Verlauf diese Themen zu einer Randerscheinung verkommen lassen. Es reicht auch nicht, lautstark über ein Verbot der NPD nachzudenken - das ist schon einmal danebengegangen - notwendig ist vielmehr eine politische und zivilgesellschaftliche Bekämpfung. Denn die Neonazis sind bereits in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen.

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind aber beileibe keine Männerdomäne: ein Drittel der WählerInnen, ein Fünftel der Funktionäre von Rechtsaußenparteien sind mittlerweile Frauen. Bis zu 10 Prozent der rechtsextrem motivierten Gewalttaten gehen auf Mädchen und Frauen zurück und mit rassistischen Vorurteilen in der Gesamtgesellschaft stehen Frauen prozentual Männern nicht nach. Auch hat sich der Rechtsextremismus als Jugendkultur und Ideologie in Teilen der jungen Generation verfestigt.

Kommunale Koalition gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus

Aus den Kommunen und der Jugendarbeit wird immer mehr über rechtsextreme und fremdenfeindliche Aktivitäten berichtet, von Aktionen bis hin zur massiven Präsenz, auch in Waltrop: rechtsextreme Aufkleber an öffentlichen Stellen, Angriffe auf das Yahoo, Versammlungen von Neo-Nazis aus dem Kreis, Pöbeleien, Beschimpfungen und tätliche Angriffe auf unsere türkischen MitbürgerInnen.

Doch wie können wir gegen rechtsextremes und fremdenfeindliches Denken und Handeln vorgehen, wie erreichen wir ein Umdenken und wie lässt sich das Zusammenleben in unserer

Einwanderungsgesellschaft gestalten?

Wir, der Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen, fordern eine kommunale Koalition aus der Stadtverwaltung und den demokratischen Parteien mit den verschiedenen Aktivitäten in der Zivilgesellschaft, mit dem gemeinsamen Ziel der gleichberechtigten Teilnahme aller Menschen am gesellschaftlichen Leben, unabhängig von ihrem Aussehen und ihrer Herkunft.

Darum treten wir ein:

- > für eine offensive Sensibilisierung der Öffentlichkeit über das Ausmaß und die Folgen von Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus
- > für Informations- und Bildungsveranstaltungen zu Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus an Schulen und allen öffentlichen Einrichtungen
- > für ein gemeinsames Vorgehen des Stadtrates gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

3. Jugendpolitik

Die heutige Junggeneration wird oft von der Öffentlichkeit negativ wahrgenommen. Berichte über Vandalismus, Alkohol- und Drogenexzesse, Belästigung älterer Mitbürger oder aggressive Auseinandersetzungen sind täglich in Zeitungen und Fernsehen zu finden.

Es werden Sachkundige zu Rate gezogen, die über die Schwierigkeiten in dieser Entwicklungsphase berichten und für Verständnis plädieren, Hilfepläne erstellen und psychologische Analysen abgeben. Innere Konflikte scheinen für diese Altersgruppe also zur normalen Entwicklung zu gehören.

Warum aber müssen diese unbedingt in der Öffentlichkeit ausgetragen werden und warum erscheinen diese heute viel dramatischere Formen anzunehmen als noch vor einigen Jahren?

Ein Problem ist sicherlich der zunehmende Unsicherheitsfaktor der heutigen Zeit: die Lehrstellenangebote sind knapp und damit steigt der Leistungsdruck, Sozialabbau und Finanzkrise tun ihren Teil dazu.

Aber auch im direkten Umfeld fehlt es Jugendlichen an Orten, an denen sie sich ausleben können.

So auch in einer Stadt wie Waltrop, in der es weder ein Kino noch eine Disco oder ein freies Sportzentrum bzw. Schwimmbad gibt. Die einzige jugendspezifische Einrichtung der Stadt ist das Jugendcafé „Yahoo“ und ausgerechnet dieses steht ständig auf dem Prüfstand.

Das Yahoo ist nicht nur eine Einrichtung, die durch intensive Beteiligung der Jugendlichen entstanden ist, es bietet auch Raum für etliche jugendsoziale Veranstaltungen und Aktionen. So finden dort neben dem Tagesgeschäft eines Cafés etliche

Partys, Konzerte und auch Bildungsveranstaltungen statt. Es treffen sich dort die unterschiedlichsten Jugendgruppen und verbringen gemeinsam ihre Freizeit. Auch das Kinder- und Jugendparlament steht voll und ganz hinter dem Café, was nun auf über 10 Jahre Erfolgsgeschichte zurückblicken kann.

Dennoch versucht die CDU seit Jahren massiv gegen das Yahoo Stimmung zu machen. Dass man die Jugendlichen, die sich - damals wie heute - für das Yahoo engagieren, vor den Kopf stößt und auf frustrierende Art zeigt, dass Engagement nicht belohnt wird, scheint nicht zu interessieren.

Wir sehen junges Engagement als Potential und die Geschichte des Yahoos zeigt deutlich, dass Jugendliche sehr viel leisten können, wenn man ihnen die Chance gibt sich einzubringen und ernst genommen zu werden.

Deswegen fordern wir:

- > Erhalt des Yahoos und eine langfristige Standortbindung
- > Kontinuierliche hauptamtliche Unterstützung des Kinder- und Jugendparlaments
- > Förderung von Jugendlokalitäten
- > Sponsoring, um Jugend- und Kulturarbeit weiter finanziell abzusichern.

4. Seniorenpolitik

Der Bereich der Seniorenpolitik beschränkt sich nicht auf die Interessen der Alten, sondern bevorzugt eine Politik für Jung und Alt, ein Miteinander der Generationen und gleichberechtigte Lebenschancen. Nicht ein Generationenkrieg ist angesagt, sondern eine Solidarität zwischen den Generationen, eine Generationengerechtigkeit (keine Verschuldung auf Kosten von Kindern und Enkeln), ein Generationenvertrag im Interesse der Jungen und der Älteren.

Die 3 Hauptpunkte sind:

der neue Generationenvertrag, mehr Altersgerechtigkeit und mehr Hilfe für Alte

> Der neue Generationenvertrag umfasst neben den sozialen Sicherungssystemen auch die aktive Teilhabe der Älteren an Stadtplanung, Sozial-, Wohnungs-, Verkehrs- und Bildungspolitik.

> Ältere Menschen sollen das in ihrem Leben erworbene Wissen weitergeben können. Auch im Erwerbsleben werden sie bei abnehmender Bevölkerung immer mehr gebraucht. Durch ein vielseitigeres Wohn-, Pflege- und Betreuungsangebot entsteht auch mehr Gerechtigkeit.

> Menschenwürdige Pflege beruht auf Achtung der Grundrechte und der Selbstbestimmung. Die individuellen Möglichkeiten Älterer sollten besser berücksichtigt werden und deshalb unterstützen wir neue, auf die Bedürfnisse pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen zielende Angebote und Versorgungsstrukturen. Das professionelle Netz und die Rahmenbedingungen für die ambulante Pflege sollen ebenso verbessert werden wie Pflegeleistungen für psychisch Behinderte und Demenzkranke.

Grüne Initiativen: altenfreundlichere Innenstädte und altenfreundliche Politik

Was wir erreicht haben und neue Herausforderungen:

Grüne Politik hat die Innenstädte und den öffentlichen Nahverkehr behinderten- und altenfreundlicher gestaltet, doch es bleibt noch viel zu tun.

Wir haben intensiv darauf hingearbeitet, dass sich alte Menschen politisch oder gesellschaftlich engagieren. Der Anteil Älterer am bürgerschaftlichen Engagement ist auf 40 % gestiegen. Die gesetzliche Unfallversicherung ist um den Bereich „Freiwilliges Engagement“ ergänzt worden.

Im Gesundheitswesen ist durchgesetzt worden, dass Selbsthilfeorganisationen und Patientenverbände in den wichtigen Gremien des Gesundheitswesens mit am Verhandlungstisch sitzen.

Die Rentenversicherung muss auf eine breitere Basis gestellt werden, weil es immer weniger Geburten gibt und die Menschen länger leben.

Da immer mehr Menschen bis ins hohe Alter geistig und körperlich aktiv sind, braucht die Gesellschaft neben einer kinderfreundlichen Politik auch die von den Alten kommenden sozialen und kulturellen Impulse. Das Wissen und die Erfahrung älterer Menschen dürfen nicht verloren gehen, sondern müssen für Wirtschaft und Gesellschaft fruchtbar werden.

Immer weniger Alte können familiäre Hilfe erwarten, so dass wir uns für eine altenfreundliche Wohnungspolitik engagieren. Wir wollen Nachbarschaftshilfe und soziale Netzwerke ebenso wie kommunale Altenpläne und den besonderen Erfordernissen älterer Menschen ausländischer Herkunft gerecht werden. Ein zentrales Anliegen sind das Gestalten von Wohn-, Pflege-

und Hilfsangeboten im normalen Wohngebiet, kleine soziale Netze, Nachbarschaftshilfen und bürgerschaftliches Engagement, neue Wohn- und Hilfeformen, Mehrgenerationenwohnen als Alternative zum Heim.

Wir, der Ortsverband Waltrop von Bündnis 90/Die Grünen, werden in unserer Stadt unser Augenmerk besonders auf folgende konkrete Punkte konzentrieren:

- > Ein **Hallenbad für Jung und Alt** ist in unserer Stadt eine Verpflichtung und keine freiwillige Aufgabe.
- > Straßen, Gebäude und der öffentliche Nahverkehr müssen so umgestaltet werden, dass sie ohne Probleme auch **von alten oder gehbehinderten Menschen benutzt werden können**. So ist z.B. dringend ein Aufzug im Rathaus einzubauen.
- > Die Kontaktstelle für ehrenamtliches Engagement im Rathaus soll so ausgebaut werden, dass eine gut funktionierende „**Freiwilligenagentur**“ oder „**Ehrenamtsbörse**“ entsteht, die interessierte Bürgerinnen und Bürger bei der Suche nach geeigneten Aufgaben und Institutionen und bei der Tätigkeit selbst unterstützt und begleitet.
- > Die **kommunale Bürgerbeteiligung**, die das Engagement aller Altersgruppen nutzt, muss erweitert werden, so z. B. im Bereich der Stadtentwicklung.

5. Konsequente Bürgerbeteiligung

Mittlerweile gehört es zum guten Ton, dass Politiker aller Parteien sich in der Öffentlichkeit für mehr Bürgerbeteiligung einsetzen. Fast vergessen ist die Zeit, in der die etablierten Volksparteien, angesichts von protestierender Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegung, das hohe Lied der rein repräsentativen Demokratie sangen. Die Bürger sollten in durchaus doppeldeutigem Sinn nur ihre Stimme an der Urne abgeben – alles andere könnten nur die dem Gemeinwohl verpflichteten Politiker entscheiden.

Wenn die Politik heute in trauter Gemeinsamkeit die Bürgerbeteiligung hochleben lässt, ist dies zumindest mit Vorsicht zu genießen. Beteiligen wollen sie alle, aber viele hören und verwirklichen nur das, was sie sich selbst wünschen.

B 474n – Die Bürger haben entschieden

Bei der bisher größten Bürgerbeteiligung in Waltrop – der schriftlichen Befragung zur B 474n – hat sich deutlich gezeigt, dass es bei solchen wichtigen Ereignissen in der Politik immer wieder schlechte Verlierer gibt.

Die beiden örtlichen Wählergemeinschaften – Waltroper Aufbruch und „Grüne Liste“ – hatten sich seit Jahren massiv für eine stärkere Bürgerbeteiligung in dieser Frage eingesetzt. Nach der Bürgerabstimmung mit sehr hoher Beteiligung und klarem Votum für die B 474n hielt man plötzlich im Nachhinein die Bürger nicht mehr für reif genug, über diese Frage abzustimmen.

Am Gemeinwohl orientierte Entscheidungen beanspruchten die Wählergemeinschaften elitär nur für sich. Real hatte die neue Führungsriege in der „Grünen Liste“ aber wohl vor allem ihre

Grundstücke an der B 474n im Kopf.

Für uns als Ortsverband Bündnis 90 / Die Grünen war es nach dem eindeutigen Ergebnis der Bürgerbefragung hingegen selbstverständlich, dass wir dem **Bürgervotum folgen** werden, auch wenn wir die Bundesstraße aus ökologischer Sicht kritisiert haben.

Wer alle Bürger nach ihrer Meinung fragt, der muss auch mit dem Ergebnis leben können. Alles andere ist systematische Bürgertäuschung.

Bürgerbeteiligung mit Konzept

Häufiger werden auch aus reiner Gedankenlosigkeit die Ergebnisse von Beteiligung zur Enttäuschung der engagierten Bürger nicht umgesetzt.

Auf Zuruf meinen Politiker, weil es gerade modern ist, mal die Bürger an diesem oder jenem beteiligen zu müssen.

Was dabei wahrscheinlich rauskommt, ob es überhaupt kommunale Handlungsspielräume zur Umsetzung gibt und welche Beteiligungsverfahren eine repräsentative Teilhabe gewährleisten, wird dabei meist erst gar nicht gefragt. Es gibt keine Beteiligungsstrategie, es gibt kein Konzept und kein Interesse an Erfahrungen in anderen Städten. Die ehrenamtlichen Politiker wursteln eifrig vor sich hin - ohne Perspektive und ohne Erinnerung.

In unserem Ortsverband hat hingegen unser Mitglied Dr. Lars Holtkamp schon vor Jahren das Konzept der Bürgerkommune entwickelt und durch Buchpublikationen bundesweit bekanntgemacht.

Dadurch ist insbesondere ein breites wissenschaftlich abgesichertes Wissen entstanden, was vor dem Einsatz von Bürgerbeteiligung alles zu beachten ist, was die Leistungen der sehr

unterschiedlichen Beteiligungsangebote sind und wie auch bei "klammen" öffentlichen Kassen durch die Förderung von Bürgerengagement neue Projekte realisiert werden können (www.die-gruenen-waltrop.de/main/downloads).

Einige innovative Beteiligungsinstrumente, wie den Seniorenbeirat mit Zufallsauswahl, hat Lars Holtkamp eigens für die Stadt Waltrop entwickelt und mit Unterstützung der Bürgermeisterin erfolgreich umgesetzt.

Die konsequente Bürgerbeteiligung nach dem Konzept der Bürgerkommune soll deshalb auch in den nächsten 5 Jahren einer unserer wesentlichen politischen Schwerpunkte bleiben.

6. Solide Haushaltspolitik

Seit 1990 türmt sich der Schuldenberg der Stadt Waltrop immer höher. Jedes Jahr werden neue Sanierungsrezepte gehandelt, die sich anschließend wieder als Mogelpackungen entpuppen.

Offensichtlich tut sich die Politik bis hinauf zum Innenminister schwer den Bürgern reinen Wein einzuschenken. Alle seriösen Haushaltsanalysen der Kommunen im Ruhrgebiet zeigen, dass es den Städten auch zukünftig nicht gelingen wird den seit mittlerweile fast 20 Jahren aufgetürmten Schuldenberg aus eigener Kraft wieder abzubauen. Die schwarz-gelbe Landesregierung übt trotzdem massiven Druck auf die Kommunen aus ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

Sparkommissar brachte keine Lösung

Die Entsendung des beratenden Sparkommissars Wilhelm Niemann nach Waltrop war im Jahre 2006 landesweit noch einzigartig. Auch nachdem Herr Niemann als Gesandter aus Düsseldorf zwei Jahre später Waltrop wieder verlassen hat, gehört die Stadt Waltrop (und die anderen Kommunen im Kreis Recklinghausen) zu den extremen Problemkommunen.

Das hohe Honorar des Sparkommissars hat sich also nicht ausgezahlt. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um den tiefsten Eingriff in die kommunale Demokratie handelt, der zudem aufgrund der Belastungen im Kreis auch bei allen Anstrengungen keine generelle Umkehr bei der Schuldenentwicklung erzielen kann.

Deshalb haben wir in vielen Publikationen in Fachzeitschriften und im Internet den Waltroper Fall überregional bekannt gemacht und durch Anfragen im Landtag dafür gesorgt, dass sich der beratende Sparkommissar und der Regierungspräsi-

dent in Waltrop nicht gemütlich einrichten konnten. Das verweist bereits auf das primäre Haushaltsziel für die nächsten Jahre. Wir müssen durch eigene, intelligentere Sparmaßnahmen dokumentieren, dass starke Eingriffe der Kommunalaufsicht in der Stadt Waltrop nicht mehr nötig sind. Bürger, Stadtrat und Verwaltung können gemeinsam die Haushaltsprobleme Schritt für Schritt etwas reduzieren, auch wenn der Haushaltsausgleich sicherlich nur durch deutlich höhere Finanzzuweisungen von Bund und Ländern realisierbar ist. Allerdings kann die Stadt Waltrop auf solche Hilfen nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten, wenn sie nicht als extreme Problemgemeinde ihre Selbstverwaltungsrechte und die Bürger damit ihre Beteiligungsrechte verlieren wollen.

Das Internet macht's möglich

Die Personalkosten und Betriebsmittel der Verwaltung sind die wesentlichen Ausgaben im Waltroper Haushalt. Diese müssen kontinuierlich zurückgefahren werden, um überhaupt einen nennenswerten Sparerfolg erzielen zu können. Erfahrungen in ausländischen Kommunen, aber auch aus der Privatwirtschaft, zeigen, dass Haushaltskonsolidierung und guter Bürgerservice kein Widerspruch sein müssen.

Viele Transaktionen können beispielsweise heute technisch schon über das Internet abgewickelt werden. Sowohl an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürger als auch in der Verwaltung und zwischen Verwaltungen können so viele Dienstleistungen schneller und kostengünstiger erledigt werden. Bisher hinkt die Stadt Waltrop dieser Entwicklung extrem hinterher und nutzt die Chancen neuer Technologien für eine effizientere Arbeitsorganisation und interkommunale Zusammenarbeit kaum.

Die Bürger sind das einzige Kapital der Stadt

Neue Angebote und Aufgaben wird man bei dem weiter bestehenden Konsolidierungsdruck in unserer Stadt zukünftig häufiger nur noch durch die Förderung von Bürgerengagement, Bürgerstiftungen und Freiwilligenbörsen realisieren können.

Deshalb ist es sehr wichtig, dass mit klaren Beteiligungskonzepten den Bürgern deutlich wird, dass sie mit Politik und Verwaltung auf einer „Augenhöhe“ handeln. Neben Bürgerbeteiligung wird es für Waltrop zentral darauf ankommen sich als attraktive Wohnstadt zu behaupten, um die in anderen Städten des Ruhrgebiets schon zu beobachtende Abwanderung gerade der einkommensstarken Schichten zu verhindern. Nur so sprudeln die Steuerquellen und können hohe Sozialausgaben infolge von Gettoisierung und demographischem Wandel vermieden werden.

Insofern ist es sehr kurzsichtig für die Haushaltskonsolidierung auf die Ansiedlung von immer mehr verschmutzender Industrie zu setzen oder mit dem Rotstift alle wichtigen öffentlichen Einrichtungen zusammenzustreichen. Eine Stadt ohne Stadthalle, Jugendcafé und Schwimmbad, die ringsherum von rauchenden Schloten umzingelt wird, ist am wenigsten in der Lage ihre Steuerzahler zu binden und die Haushaltsprobleme halbwegs in den Griff zu bekommen.

Im Kern wird es anstelle von großen Konsolidierungsmärchen oder Warten auf einen großen Geldsegen von Bund und Land um eine Haushaltspolitik mit Augenmaß gehen:

Das heißt, dass die Rationalisierungspotentiale in der Waltroper Verwaltung noch mehr genutzt werden müssen, die wesentliche Infrastruktur der Stadt in wirtschaftlicherer Form aber erhalten bleiben muss und Bürgerengagement durch ehrlich erreichbare Haushaltsziele und die garantierte Infrastruktur gefördert wird.

7. Bildung

„Es gibt nur eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung: keine Bildung.“ (John F. Kennedy)

Viele internationale Studien belegen, dass Deutschland weder in der Qualität der frühkindlichen Betreuung noch in der Bekämpfung der Kinderarmut an vorderster Stelle steht - nein, wir sind noch nicht einmal gutes Mittelmaß. Und immer noch bestimmt in unserem Land die soziale Herkunft über die Bildungschancen und den Zugang zu Universitäten. Dass muss sich grundlegend ändern!

Für frühkindliche Bildung und ein kommunales Bildungsmanagement

Die zentralen Aufgaben von Kinderbetreuungseinrichtungen im vorschulischen Bereich sind Bildung, Erziehung und Betreuung. So belegen neueste Erkenntnisse in der Neurobiologie, dass Versäumnisse in der frühkindlichen Förderung kaum mehr aufgeholt werden können und somit die Förderung in diesem Elementarbereich unverzichtbar ist.

Die Stärkung frühkindlicher Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen ist die Voraussetzung für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Bildungschancen gerade auch für bildungsferne Schichten und Migrantenkinder.

Wir vom OV Waltrop Bündnis 90/Die Grünen setzen uns ein für genügend Kindergartenplätze auch für die unter 3-Jährigen, für flexible Öffnungszeiten, die dem realen Berufsalltag angepasst sind und für sinnvolle Gruppengrößen als Chance zur Qualitätssteigerung.

Um die Qualität der pädagogischen Arbeit (z.B. Sprachförderung) im Kindergarten zu steigern, ist es notwendig, die Aus-

und Weiterbildung der Erzieherinnen weiter zu entwickeln.

Schulische Bildung - nach internationalem Standard ausrichten

2004 nach den Ergebnissen der zweiten Pisa-Studie machte die Politik Druck: neue Schulgesetze und Lehrpläne wurden erlassen und wirksam. Es brach eine Reform euphorie aus, teilweise regierte das Chaos und Lehrer und Eltern waren verunsichert.

Doch an den grundlegenden Problemen unseres Systems wurde nicht gearbeitet. So besteht weiterhin das konservative veraltete dreigliedrige Schulsystem, es gibt keinen bundesweit einheitlichen Standard bezüglich der materiellen und sozialen Ausstattung. Wesentlich dabei ist für uns jedoch auch, dass die Autonomie der einzelnen Schulen erhalten bleibt, um so den unterschiedlichen, individuellen Lehrkonzepten Raum zu geben.

Wir vom Ortsverband Waltrop Bündnis 90/Die Grünen setzen uns ein für die Einrichtung von Ganztagschulen, dass alle Kinder zusammen bis zum 6. Schuljahr eine gemeinsame Grundbildung erhalten, dass ab dem 6. Schuljahr eine Ausdifferenzierung nach Fächern vorgenommen wird und für einen individuellen Bildungsplan, der Stärken und Schwächen der Schüler auflistet und konkrete Fördermaßnahmen beschreibt.

Ab dem 7. Schuljahr sollten statt der zum größten Teil uneffektiven Hausaufgaben Semesterarbeiten anhand von Referaten und/oder Projektarbeit eingeführt werden.

Außerschulische Bildung: Die gesellschaftliche Entwicklung erfordert komplexe Kompetenzen

Bildung muss Menschen dazu befähigen, den heutigen und künftigen Anforderungen gewachsen zu sein. Für Kinder und

Jugendliche geht es dabei nicht nur um die Vorbereitung für ihr künftiges Leben als Erwachsene. Bildung muss ihnen bereits in der Gegenwart helfen. Schon Kinder und Jugendliche müssen lernen, mit Wandel flexibel umzugehen, Misserfolge auszuhalten und Ziele nicht gleich aufzugeben.

Eine vorrangig an Schule orientierte Bildung kann den heutigen Anforderungen nicht gerecht werden und sie fördert nur ansatzweise diejenigen Kompetenzen, die für die individuelle Lebensbewältigung und für das Leben in der Gesellschaft notwendig sind. Bildungsstrategische Überlegungen müssen deshalb die unterschiedlichen Bildungskontexte in ihrer Gesamtheit in den Blick nehmen.

Die Kommune, in der sich die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen abspielt, steht in der Pflicht, ein umfassendes Bildungsverständnis, das über die Grenzen des formalen Bildungssystems hinausreicht zu entwickeln und dies für alle sozialen Schichten ämterübergreifend umzusetzen. Es gilt kommunale Angebote mit geschlechtsspezifischer, musisch-kultureller, politischer, technischer, sportlicher und sozialer Themensetzung zu entwickeln, unter den Voraussetzungen eines hohen Grades an Mitbestimmung, Mitgestaltungsmöglichkeiten, Kreativität und Eigeninitiative.

Für eine kompetente innovative Erwachsenenbildung

Volkshochschulen sind gemeinnützige Einrichtungen der öffentlichen Hand und sollen die Grundversorgung der außerschulischen Erwachsenenbildung sicherstellen.

Ihr Bildungsauftrag, als Teil der kommunalen Gebietskörperschaft, sieht originär eine allgemeine und politische Weiterbildung vor, die eine Selbstbildung über die Schul- und Berufsaus-

bildungszeit hinaus ermöglicht. So dient sie zur Vermittlung von Wissen und Kompetenzen und steht für ein Entgegenwirken sozialer Ausgrenzung derjenigen, die nicht ohne Unterstützung in unserer Wissensgesellschaft mithalten können.

So sehen wir, Bündnis 90/Die Grünen, den Bildungsauftrag der Volkshochschule nicht darin, Angebote für eine Elite zu konzipieren, sondern vor allem darin, bezahlbare weiterbildungsfördernde Kurse gerade für bildungsferne Schichten anzubieten. Die VHS sollte sich unserer Meinung nach wieder stärker auf ihr Kerngeschäft und ihren Bildungsauftrag konzentrieren.

Unabdingbar ist jedoch eine verlässliche und angemessene Mitfinanzierung der VHS sowohl durch das Land als auch durch die Kommune, damit sie ihre Aufgaben auch weiterhin kontinuierlich und in der notwendigen Qualität wahrnehmen kann.

8. Frauenpolitik

Ende der Bescheidenheit!

Ähnlich wie im Bund eine Bundeskanzlerin allein noch nicht garantiert, dass Fraueninteressen mehr berücksichtigt werden, sieht es auch in Waltrop aus.

So haben wir seit 2004 zwar Anne Heck-Guthe als Bürgermeisterin, aber im Rat und in den Ausschüssen sieht sie sich fast nur männlichen Kollegen gegenüber.

Frauen sind nämlich im Waltroper Stadtrat gerade mal zu 20% vertreten. Es gibt keinen weiblichen Fraktionsvorsitz und alle Verwaltungsführungskräfte sind Männer!

Deren Sichtweise auf soziale Probleme beschränkt sich zumeist auf die technische Planung, wer welches Grundstück verkaufen kann und was im Haushaltsplan für Mittel festgeschrieben sind. Die Sicht und die konkreten Bedürfnisse der Nutzerinnen von Kindergärten, Schulen und öffentlichem Nahverkehr bleiben da nicht selten auf der Strecke, weil viele Männer diese Einrichtungen gar nicht von innen kennen.

Für eine offensive Frauenpolitik in Waltrop brauchen wir mehr Frauen im Parlament, mehr Frauen in Verwaltungsführungspositionen und mehr Unterstützung von Fraueninitiativen.

Es wird höchste Zeit, dass die Gleichstellungspolitik Waltrops aus dem Dornröschenschlaf erwacht und daher trifft es sich gut, dass gleich in mehrfacher Hinsicht über eine Wachablösung zu entscheiden ist. Der Rat wird neu gewählt, die Bürgermeisterin steht zur Wiederwahl und die Gleichstellungsstelle wird neu besetzt.

Wir von Bündnis 90/Die Grünen Waltrop treten mit 50 % Frauen zur Kommunalwahl 2009 an, drängen auf mehr Kompetenzen für die neue Gleichstellungsbeauftragte und wollen ihr zur Unterstützung einen Frauenausschuss zur Seite stellen.

Wir fordern:

- > dass das Stellenprofil der Gleichstellungsbeauftragten den heutigen Erfordernissen und dem Landesgleichstellungsgesetz entspricht
- > dass die Gleichstellungsbeauftragte wirksame Öffentlichkeitsarbeit leistet, energisch die Interessen von Frauen bei der Stellenbesetzung in der Verwaltung vertritt und zu bürgerschaftlichem Engagement und Fraueninitiativen ermutigt
- > einen Frauenausschuss, in dem Parteivertreterinnen, parteilose Bürgerinnen und Verbandsvertreterinnen gerecht vertreten sind.

Einerseits soll der Ausschuss klare Entscheidungskompetenzen haben, um so beispielsweise die Ausstellung von Bebauungsplänen aus Frauensicht unter die Lupe nehmen zu können. Andererseits soll durch die stärkere Einbindung der Bürgerinnen zugleich eine Plattform geboten werden, um dauerhaft konkrete Projekte in Kooperation zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verwirklichen zu können.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Grundrecht aller Menschen sowie ein Grundwert jeder Demokratie. Dieses Recht muss nicht nur vor dem Gesetz anerkannt sein, sondern wirksam auf alle Bereiche des Lebens angewendet werden: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

Unsere Reserveliste mit den zugehörigen Wahlbezirken

1. Lars Holtkamp - Wahlbezirk 12: Berg/Nordring
2. Monya Schnittke- Wahlbezirk 15: THG/Mittelkamp/Sundern
3. Dennis Brendick - Wahlbezirk 10: Braßkamp
4. Beate Stach - Wahlbezirk 17: Stutenteich
5. Eugen Holtkamp - Wahlbezirk 3: Tinkhofstraße
6. Sibylle Heß - Wahlbezirk 13: Ost/Heimatismuseum
7. Marco Harde - Wahlbezirk 14: Lutherschule/Alte Kolonie
8. Ingrid Täger - Wahlbezirk 4:Kettlersiedlung
9. Thomas Spychala - Wahlbezirk 6: Klöcknersiedlung
10. Angelika Heß - Wahlbezirk 1: Rieselfelder/AWO
11. Albert Buß - Wahlbezirk 7: Klöckner- und Vogelsiedlung
12. Sabrina Stuhldreier - Wahlbezirk 9: Hangel
13. Kerstin Seyb - Wahlbezirk 5: Egelmeer
14. Andrea Grandt - Wahlbezirk 8: Oberwiese
15. Stefan Nicke - Wahlbezirk 18: Innenstadt
16. Matthias Erfmann - Wahlbezirk 16: Hirschkamp
17. Christoph Heß - Wahlbezirk 2: AWO-Zentrum/Kolonie
18. Maria Ganzera - Wahlbezirk 11: Berg/Vogelsiedlung
19. Maria Theresia Nicke

FRISCHER WIND FÜR WALTROP!

ZEIT FÜR BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.



WWW.DIE-GRUENEN-WALTROP.DE

info@die-gruenen-waltrop.de
tel.: 02309 - 34 63